

Nr	Maßnahme	Maßnahmen-herkunft	Kurzbeschreibung	Ziele, Strategie und Handlungsschritte	Erfolgsindikatoren
Übergeordnete, rahmengebende Maßnahmen (Verwaltung)					
Ü-1	KlimaChecks in Beschlussvorlagen	IKSK - M2	Systematische Prüfung der Klimawirkung politischer Beschlüsse durch einen verpflichtenden KlimaCheck. Ziel ist es, klimarelevante Auswirkungen frühzeitig sichtbar zu machen und Entscheidungsprozesse entsprechend auszurichten. Aktuell erfolgt eine Evaluation zur Weiterentwicklung und stärkeren Verankerung im Verwaltungsablauf.	Ziel ist die systematische Berücksichtigung von Klimaschutz- und Klimaanpassungsaspekten bei politischen Entscheidungen. Durch die Anwendung von KlimaChecks sollen die Auswirkungen von Beschlussvorlagen frühzeitig sichtbar gemacht und als zusätzliche Entscheidungsgrundlage bereitgestellt werden. Mögliche Umsetzung - Anwendung des KlimaChecks bei relevanten Beschlussvorlagen - Unterstützung der Fachbereiche bei Fragen zur Anwendung - Regelmäßige Auswertung der Nutzung - Weiterentwicklung über Ü-1.1	- Anzahl korrekt durchgeführter KlimaChecks pro Jahr - Anteil klimarelevanter Beschlussvorlagen mit vollständig ausgefülltem KlimaCheck - Anzahl angepasster Beschlussvorlagen aufgrund des KlimaChecks (schwer zu kontrollieren)
Ü-1.1	Anpassung der KlimaChecks	Weiterführung	Weiterentwicklung der KlimaChecks auf Grundlage der laufenden Evaluation sowie stärkere Einbindung des Klimabeirats, um die Berücksichtigung von Klimaschutzaspekten bei politischen Entscheidungen zu verbessern.	Weiterentwicklung der bestehenden KlimaChecks, um deren Wirksamkeit im politischen Entscheidungsprozess zu erhöhen. Im Rahmen der laufenden Evaluation sollen die bisherigen Erfahrungen ausgewertet und Schwachstellen behoben werden. Ziel ist es, die Anwendung der KlimaChecks zu vereinfachen, deren Aussagekraft zu verbessern und den Umgang mit klimarelevanten Auswirkungen von Beschlussvorlagen transparenter zu gestalten. Dabei soll der Klimabeirat stärker eingebunden werden und die Ergebnisse der KlimaChecks fachlich bewerten sowie bei Bedarf eine Stellungnahme abgeben. Mögliche Umsetzung - Evaluation der bisherigen Anwendung der KlimaChecks. - Überarbeitung von Methodik, Bewertungskriterien und Anwendungsleitfäden. - Identifikation von Hemmnissen in der Anwendung innerhalb der Verwaltung. - Entwicklung eines standardisierten Verfahrens zur Bearbeitung klimarelevanter Vorlagen. - Einbindung des Klimabeirats in die Bewertung von KlimaChecks. - Erstellung fachlicher Stellungnahmen des Klimabeirats bei Vorlagen mit erheblichen Klimawirkungen. - Regelmäßige Überprüfung und Weiterentwicklung des Instruments. Erwarteter Nutzen - Höhere Qualität und Akzeptanz der KlimaChecks.	- Evaluation abgeschlossen - überarbeitete Bewertungsmethodik beschlossen - Anteil vollständig ausgefüllter KlimaChecks - Anzahl Stellungnahmen des Klimabeirats zu KlimaChecks

Ü-2	Klimabeirat	IKSK - M3	Anfang 2026 Einrichtung eines unabhängigen Beratungsgremiums zur fachlichen Unterstützung von Politik und Verwaltung in Klimaschutzfragen. Der Klimabeirat bündelt Expertise, bewertet Maßnahmen und stärkt die strategische Ausrichtung sowie die Transparenz von Entscheidungen.	Ziel ist die langfristige fachliche Begleitung des kommunalen Klimaschutzes durch ein unabhängiges Beratungsgremium. Der Klimabeirat soll Politik und Verwaltung unterstützen, Expertise bündeln und Impulse für die Weiterentwicklung des Klimaschutzes geben. Mögliche Umsetzung - Regelmäßige Sitzungen durchführen - Arbeitsgruppen zu Schwerpunktthemen bilden - Stellungnahmen und Empfehlungen erarbeiten - Austausch mit Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit fördern	- Anzahl Sitzungen pro Jahr - Anzahl Treffen der Arbeitsgruppen - Anzahl behandelte Vorlagen/Maßnahmen - Anzahl Empfehlungen/Stellungnahmen - Anteil aufgegriffener Empfehlungen - Neuzusammensetzung nach der Kommunalwahl in 2030
Ü-3	Klimaschutzbudget / Klimaschutz im kommunalen Haushalt etablieren	IKSK - M1 & ifeu Studie	Bereitstellung finanzieller Mittel für Klimaschutzmaßnahmen im kommunalen Haushalt. Ziel ist eine stärkere strukturelle Verankerung von Klimaschutz in der Haushaltsplanung sowie eine gezielte Priorisierung und Umsetzung wirksamer Maßnahmen. Aufgrund der Haushaltslage wurde das Budget seit 2021 bisher erst einmal verwendet.	Ziel ist die dauerhafte Verankerung von Klimaschutz in der Haushaltsplanung. Das bestehende Klimaschutzbudget soll gezielt eingesetzt werden, um die Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen zu unterstützen und Investitionen in Klimaschutz sichtbarer zu machen. Mögliche Umsetzung - Klimaschutzbudget im Haushalt fortführen - Geeignete Maßnahmen identifizieren - Fördermittel mit dem Budget kombinieren - Verwendung und Wirkung der Mittel dokumentieren	- Höhe bereitgestelltes Klimaschutzbudget in €/a - Anteil abgerufenen Mittel in % - Anzahl finanzierter Maßnahmen - geschätzte THG-Minderung der finanzierten Maßnahmen, soweit je Maßnahme berechenbar
Ü-3.1	Definition Verwendungszweck	Weiterführung		Ziel ist die Schaffung klarer Regelungen für die Nutzung des bestehenden Klimaschutzbudgets. Durch transparente Kriterien sollen Hemmnisse bei der Antragstellung reduziert und die Verwendung der Mittel erleichtert werden. Mögliche Umsetzung - Analyse der bisherigen Nutzung - Förderfähige Maßnahmen definieren - Kriterienkatalog und Verwendungsrichtlinie erstellen - Zuständigkeiten und Entscheidungswege festlegen - Regelmäßige Überprüfung der Richtlinie	- Verwendungsrichtlinie beschlossen - Kriterienkatalog liegt vor - Anzahl eingereicherter Projektanträge - Anteil bewilligter Anträge

Ü-4	(Dezentrale) Verankerung von Monitoring und Controlling in der Verwaltung	IKSK - M1	Aufbau eines dauerhaft funktionsfähigen Klimaschutzmonitorings und -controllings innerhalb der Stadtverwaltung. Ziel ist es, die Verantwortung für Datenerhebung, Maßnahmenbewertung und Nachsteuerung dezentral in den zuständigen Organisationseinheiten zu verankern und die übergeordnete Steuerung beim Verwaltungsvorstand zu bündeln.	Ziel der Maßnahme ist es, das Monitoring und Controlling der Klimaschutzmaßnahmen auch nach dem Auslaufen der Klimaschutzmanagement-Stelle dauerhaft sicherzustellen. Die Umsetzung der Maßnahmen, deren Fortschritte, Hemmnisse, Kosten, Ressourcenbedarfe und Wirkungen sollen regelmäßig erfasst, bewertet und bei Bedarf nachgesteuert werden. Strategie ist die dezentrale Verankerung der operativen Controlling-Aufgaben in den zuständigen Fachämtern bzw. Organisationseinheiten. Die Fachämter erheben die Daten zu ihren Maßnahmen eigenständig, bewerten den Maßnahmenstatus und melden relevante Fortschritte, Hemmnisse sowie Ressourcenbedarfe. Der Verwaltungsvorstand übernimmt die übergeordnete Steuerung, Bewertung und Endredaktion der Ergebnisse. Damit wird das Klimaschutzcontrolling von einer einzelnen zentralen Stelle gelöst und als wiederkehrender Verwaltungsprozess etabliert. ClimateView dient dabei als unterstützendes Instrument, während die eigentliche Maßnahme auf die organisatorische Klärung von Zuständigkeiten, Abläufen, Bewertungsroutinen und Nachsteuerungsprozessen abzielt. Mögliche Umsetzung '- Controlling-Prozess verbindlich festlegen - Zuständigkeiten klären: -- Verantwortliche Organisationseinheiten je Maßnahme	- Controlling-Prozess beschlossen - Anteil Maßnahmen mit benannter verantwortlicher OE - Anteil Maßnahmen mit aktuellem Maßnahmenstatus - Anzahl durchgeführter Controlling-Zyklen - Anzahl identifizierter Nachsteuerungsbedarfe
-----	---	-----------	---	---	---

Ü-4.1	Einführung und Schulung der Organisationseinheiten in ClimateView	Weiterführung	Einführung der zuständigen Organisationseinheiten in die Nutzung von ClimateView, damit Maßnahmenstände, Kennzahlen, Kosten, Hemmnisse und Fortschritte dezentral erfasst und gepflegt werden können. Die Maßnahme schafft die fachliche und technische Grundlage für das laufende Klimaschutzcontrolling.	Ziel ist es, die relevanten Mitarbeitenden in den Fachämtern und Organisationseinheiten in die Lage zu versetzen, ClimateView eigenständig für ihre Maßnahmen zu nutzen. Dadurch sollen Dateneingabe, Aktualisierung und Auswertung nicht dauerhaft von einer zentralen Klimaschutzmanagement-Stelle abhängen. Strategie ist die gezielte Schulung von mindestens einer verantwortlichen Person je Organisationseinheit, die für Klimaschutzmaßnahmen oder relevante Kennzahlen zuständig ist. Diese Personen übernehmen künftig die Pflege der Daten für ihren Zuständigkeitsbereich und sorgen dafür, dass Maßnahmenstände, Kosten, Hemmnisse, Fortschritte und Kennzahlen regelmäßig aktualisiert werden. ClimateView wird damit als gemeinsames Arbeitsinstrument für die Verwaltung eingeführt. Die Maßnahme ist eine Voraussetzung dafür, dass das dezentrale Controlling aus Ü-4 praktisch funktionieren kann. Mögliche Umsetzung: ¹- Relevante Organisationseinheiten identifizieren: -- Fachämter mit eigenen Klimaschutzmaßnahmen. -- Organisationseinheiten mit relevanten Kennzahlen oder Verbrauchsdaten. -- Einheiten, die regelmäßig Maßnahmenstände, Kosten oder Hemmnisse melden müssen.	- Anzahl geschulter OE - Anzahl geschulter Mitarbeitender - Anteil Maßnahmen mit zuständiger OE in ClimateView - Anteil fristgerecht aktualisierter Datensätze - Anzahl Support-/Nachschulungstermine
-------	---	---------------	---	--	---

Ü-4.2	Sachstand THG und Maßnahmen veröffentlichen	IKSK - M1	Regelmäßige Veröffentlichung des Sachstands zur Treibhausgasentwicklung und zur Umsetzung der Klimaschutzmaßnahmen. Ziel ist es, Fortschritte, Hemmnisse und Ergebnisse transparent darzustellen und Politik, Verwaltung sowie Öffentlichkeit nachvollziehbar über den Stand des kommunalen Klimaschutzes zu informieren.	Ziel ist es, die Entwicklung der Treibhausgasemissionen sowie den Umsetzungsstand der Klimaschutzmaßnahmen transparent und verständlich aufzubereiten. Dadurch sollen Fortschritte sichtbar gemacht, Handlungsbedarfe benannt und die politische sowie öffentliche Nachvollziehbarkeit des Klimaschutzprozesses verbessert werden. Strategie ist die regelmäßige Zusammenführung der in ClimateView gepflegten Daten zu einem internen und perspektivisch auch extern nutzbaren Berichtswesen. Die Fachämter liefern die Maßnahmenstände und Kennzahlen, das Energiemanagement stellt Verbrauchsdaten bereit und die THG-Bilanz wird durch den RVR geliefert. Die Endredaktion und Bewertung der Ergebnisse erfolgt auf Ebene des Verwaltungsvorstands. Die Veröffentlichung soll nicht nur den Umsetzungsstand darstellen, sondern auch Grundlage für politische Entscheidungen und mögliche Nachsteuerungen sein. Bei relevanten Abweichungen sollen Ursachen analysiert, Ressourcenbedarfe benannt und ggf. Maßnahmenanpassungen oder politische Beschlüsse vorbereitet werden. Mögliche Umsetzung: '- Berichtsinhalte festlegen: -- aktueller Stand der THG-Bilanz -- Maßnahmenstatus	- Interner Klimaschutzbericht erstellt ja/nein - Veröffentlichung erfolgt ja/nein - Aktualität der THG-Bilanz - Anzahl veröffentlichter Maßnahmenstände - Anzahl Seitenaufrufe des Dashboards/Berichts
Ü-5	Arbeitskreis Klimaschutz	IKSK - M1 und mögliche Alternative zur institutionalisierung der KSM Stelle	Regelmäßiger Austausch zwischen Fachbereichen zur Koordination und Weiterentwicklung von Klimaschutzmaßnahmen. Ziel ist die bessere Vernetzung innerhalb der Verwaltung und die Integration von Klimaschutz in alle relevanten Prozesse. - AK muss klar angesiedelt sein und bei einer verantwortlichen Person liegen - Arbeitsaufwand in Stellenbeschreibung berücksichtigen - der AK sollte von der Politik gefordert werden - was passiert mit laufenden Projekten ohne KSM? - wie könnte ein Controlling aussehen bzw. wie wird gegengesteuert, wenn Maßnahmen nicht laufen?	Ziel ist die stärkere Verankerung des Klimaschutzes in allen relevanten Fachbereichen der Verwaltung. Der Arbeitskreis dient dem regelmäßigen Austausch, der Koordination von Maßnahmen und der gemeinsamen Bearbeitung von Umsetzungshemmnissen. Mögliche Umsetzung - Arbeitskreis dauerhaft etablieren - Zuständigkeiten und Leitung festlegen - Regelmäßige Treffen durchführen - Maßnahmenfortschritte und Hemmnisse besprechen - Beiträge für Monitoring und Controlling abstimmen	- Anzahl Sitzungen pro Jahr - Anzahl teilnehmende Fachbereiche - Anzahl abgestimmter Maßnahmen - Anzahl offener/gelöster Umsetzungshemmnisse

Ü-6	Klimafreundliche Vergabe	IKSK - M1 & ifeu Studie	Integration von Klimaschutzkriterien in Beschaffungs- und Vergabeprozesse. Ziel ist es, durch die Nachfrage der Kommune nachhaltige Produkte und Dienstleistungen zu fördern und Emissionen indirekt zu reduzieren.	Ziel ist die stärkere Berücksichtigung von Klimaschutz- und Nachhaltigkeitsaspekten bei Beschaffungs- und Vergabeentscheidungen. Die Verwaltung soll ihre Marktmacht nutzen, um klimafreundliche Produkte und Dienstleistungen zu fördern. Mögliche Umsetzung - Leitfaden für klimafreundliche Vergabe erstellen - Nachhaltigkeitskriterien definieren - Lebenszykluskosten stärker berücksichtigen - Mitarbeitende schulen - Vergabep Praxis regelmäßig überprüfen	- Richtlinie/Leitfaden beschlossen - Anteil Vergaben mit Nachhaltigkeits-/Klimakriterien - Anzahl Vergaben mit Lebenszykluskostenbetrachtung - Anteil nachhaltiger Beschaffungen am Gesamtvolumen
Ü-7	Klimafreundliche Veranstaltungen	IKSK - M1 & ifeu Studie	Entwicklung von verbindlichen Leitlinien für klimafreundliche kommunale Veranstaltungen (z. B. Ressourcenverbrauch, Mobilität, Verpflegung). Ziel ist eine Reduktion von Emissionen sowie eine Vorbildfunktion der Verwaltung.	Ziel ist die Reduzierung von Emissionen und Ressourcenverbräuchen bei kommunalen Veranstaltungen sowie die Stärkung der Vorbildfunktion der Stadtverwaltung. Klimafreundliche Veranstaltungen sollen schrittweise zum Standard werden. Mögliche Umsetzung - Leitfaden für klimafreundliche Veranstaltungen entwickeln - Standards für Mobilität, Verpflegung und Beschaffung festlegen - Abfallvermeidung und Mehrwegsysteme fördern - Erfahrungen dokumentieren und Leitfaden fortschreiben	- Leitfaden beschlossen - Anteil städtischer Veranstaltungen nach Leitfaden - Anzahl Veranstaltungen mit klimafreundlicher Mobilität/Verpflegung/Abfallkonzept - Restabfallmenge je Veranstaltung, soweit erfasst

Kommunale Liegenschaften, Verwaltung, kommunale Betriebe

VK-1	Sanierung kommunaler Liegenschaften	IKSK - M8, weiterentwickelt	Erstellung und Umsetzung eines langfristigen Sanierungsfahrplans zur energetischen Optimierung kommunaler Gebäude auf Grundlage der ESC-Analyse. Ziel ist die Reduktion von Energieverbrauch und Emissionen im eigenen Gebäudebestand.	Ziel der Maßnahme ist die schrittweise Reduzierung von Energieverbrauch, Betriebskosten und Treibhausgasemissionen im kommunalen Gebäudebestand. Grundlage bildet die bereits vorliegende ESC-Analyse. Strategie ist die Verknüpfung ohnehin erforderlicher Instandhaltungs- und Sanierungsmaßnahmen mit energetischen Verbesserungen. Die identifizierten Maßnahmen werden nach Klimawirkung, Wirtschaftlichkeit und Umsetzbarkeit priorisiert und über einen langfristigen Sanierungsfahrplan schrittweise umgesetzt.	- Endenergieverbrauch kommunaler Gebäude in kWh/a - Wärmeverbrauch je m² - Stromverbrauch je m² - THG-Emissionen kommunaler Gebäude - Anzahl sanierter Gebäude
------	-------------------------------------	-----------------------------	--	---	--

VK-1.1	Erstellung eines priorisierten Sanierungsfahrplans für kommunale Liegenschaften	IKSK - M8, weiterentwickelt	Die im Rahmen des ESC identifizierten Sanierungsmaßnahmen werden nach Einsparpotenzial und Wirtschaftlichkeit priorisiert. Die wirksamsten Maßnahmen werden in einem mehrjährigen Sanierungsfahrplan gebündelt und schrittweise umgesetzt.	Auf Grundlage der bereits vorliegenden Feinanalyse aus dem Energiespar-Contracting (ESC) werden die identifizierten Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen hinsichtlich ihrer Energie- und Treibhausgaseinsparungen bewertet und priorisiert. Ziel ist es, die Maßnahmen mit dem höchsten Klimaschutzeffekt schrittweise umzusetzen und die erforderlichen Investitionen über mehrere Jahre zu verteilen. Die priorisierten Maßnahmen werden in einem kommunalen Sanierungsfahrplan zusammengeführt, der als Grundlage für politische Beschlüsse und die mittelfristige Finanzplanung dient.	- Sanierungsfahrplan erstellt - Anzahl bewerteter Maßnahmen aus ESC - Anteil Maßnahmen mit Kosten-Nutzen-Bewertung - priorisierte TOP-Maßnahmen beschlossen
Mögliche Umsetzung - Auswertung der bestehenden ESC-Analyse. - Priorisierung der Maßnahmen nach: -- jährlicher CO₂-Einsparung, -- jährlicher Energieeinsparung, -- Wirtschaftlichkeit bzw. Amortisationszeit, -- Umsetzbarkeit (z. B. Sanierungszyklen, Förderfähigkeit). - Identifikation von „Quick Wins“ mit hohem Einsparpotenzial und kurzer Amortisationszeit. - Erstellung eines mehrjährigen Sanierungsfahrplans mit zeitlicher Staffelung der Maßnahmen. - Regelmäßige Fortschreibung des Fahrplans auf Basis umgesetzter Maßnahmen und neuer Erkenntnisse.					

VK-1.2	Schrittweise Umsetzung der am höchsten priorisierten Maßnahmen des Sanierungsfahrplans	IKSK - M8, weiterentwickelt	Schrittweise Umsetzung der im Sanierungsfahrplan identifizierten Sanierungsmaßnahmen mit den höchsten Energie- und Treibhausgaseinsparungen, um die kommunalen Gebäude effizient und wirtschaftlich zu modernisieren.	Schrittweise Umsetzung der im Sanierungsfahrplan priorisierten Maßnahmen in kommunalen Liegenschaften. Ziel ist es, die Gebäude mit den größten Energie- und Treibhausgaseinsparpotenzialen zuerst zu modernisieren und die verfügbaren finanziellen und personellen Ressourcen möglichst effizient einzusetzen. Durch die gestaffelte Umsetzung können Investitionen über mehrere Jahre verteilt und gleichzeitig kontinuierliche Energie- und Kosteneinsparungen erzielt werden. Mögliche Umsetzung - Auswahl der Maßnahmen mit dem höchsten Energie- und CO₂-Einsparpotenzial aus dem Sanierungsfahrplan. - Aufnahme prioritärer Maßnahmen in die Haushalts- und Investitionsplanung. - Prüfung und Nutzung geeigneter Förderprogramme. - Sukzessive Umsetzung einzelner Sanierungsprojekte entsprechend der Priorisierung. - Berücksichtigung ohnehin anstehender Instandhaltungs- und Sanierungszyklen. - Regelmäßige Überprüfung der erzielten Energie-, Kosten- und Emissionseinsparungen. - Fortschreibung der Prioritäten nach Umsetzung der ersten Maßnahmen. Erwarteter Nutzen - Hohe CO₂-Minderung bei begrenzten Investitionsmitteln. - Reduzierung der Energiekosten kommunaler Gebäude. Aufbau einer digitalen Mess-, Steuerungs- und Regeltechnik in kommunalen Liegenschaften, um Energieverbräuche transparent zu erfassen, Anlagen bedarfsgerecht zu steuern und Einsparpotenziale frühzeitig zu erkennen. Ziel ist die Senkung von Energieverbrauch, Kosten und Treibhausgasemissionen durch eine optimierte Betriebsführung der Gebäude. Mögliche Umsetzung - Installation digitaler Zähler für Strom, Wärme und Wasser. - Aufbau eines zentralen Monitorings zur laufenden Erfassung und Auswertung von Verbrauchsdaten. - Ausstattung von Heizungs-, Lüftungs- und Klimaanlage mit intelligenter Regeltechnik. - Optimierung von Heizzeiten, Raumtemperaturen und Nachtabsenkungen entsprechend der tatsächlichen Gebäudenutzung. - Einrichtung automatischer Warnmeldungen bei ungewöhnlich hohen Verbräuchen oder technischen Defekten. - Anbindung an eine zukünftige Energiemanagementsoftware.	- Anzahl umgesetzter Sanierungsmaßnahmen - eingesparte kWh Wärme/Strom - eingesparte tCO₂e - Investitionskosten je eingesparte tCO₂e - Energiekostensparnis €/a
VK-1.3	Einführung von Mess-, Steuerungs- und Regeltechnik (MSR)	IKSK - M8, weiterentwickelt	Einführung digitaler Mess-, Steuerungs- und Regeltechnik zur kontinuierlichen Erfassung und Optimierung von Energieverbräuchen in kommunalen Gebäuden. Dadurch können Verbräuche transparent überwacht, Betriebskosten gesenkt und weitere Sanierungspotenziale identifiziert werden.	Aufbau einer digitalen Mess-, Steuerungs- und Regeltechnik in kommunalen Liegenschaften, um Energieverbräuche transparent zu erfassen, Anlagen bedarfsgerecht zu steuern und Einsparpotenziale frühzeitig zu erkennen. Ziel ist die Senkung von Energieverbrauch, Kosten und Treibhausgasemissionen durch eine optimierte Betriebsführung der Gebäude. Mögliche Umsetzung - Installation digitaler Zähler für Strom, Wärme und Wasser. - Aufbau eines zentralen Monitorings zur laufenden Erfassung und Auswertung von Verbrauchsdaten. - Ausstattung von Heizungs-, Lüftungs- und Klimaanlage mit intelligenter Regeltechnik. - Optimierung von Heizzeiten, Raumtemperaturen und Nachtabsenkungen entsprechend der tatsächlichen Gebäudenutzung. - Einrichtung automatischer Warnmeldungen bei ungewöhnlich hohen Verbräuchen oder technischen Defekten. - Anbindung an eine zukünftige Energiemanagementsoftware.	- Anzahl installierter digitaler Zähler - Anteil ausgestatteter Liegenschaften - Anzahl optimierter Regelparameter - Anzahl erkannter Verbrauchsauffälligkeiten - Energie-/Kosteneinsparung durch Betriebsoptimierung

VK-1.4	Energiemanagementsoftware	IKSK - M8, weiterentwickelt	Einführung eines digitalen Systems zur Erfassung, Analyse und Steuerung von Energieverbräuchen. Ziel ist eine datenbasierte Optimierung und ein kontinuierliches Monitoring.		- Software eingeführt - Anzahl angebundener Liegenschaften - Anteil monatlich erfasster Verbrauchsdaten - Anzahl erstellter Energieberichte - Anzahl abgeleiteter Optimierungsmaßnahmen
VK-2	Zusammenarbeit/Austausch mit Stadtwerken zum Ausbau Erneuerbarer Energien	ifeu Studie	Im Rahmen des Energiebeirats die Kooperation mit Energieversorgern zur gemeinsamen Planung und Umsetzung von Maßnahmen im Bereich erneuerbare Energien und Infrastruktur (insbesondere Anschlusskapazitäten und Ladeinfrastruktur) stärken. Ziel ist eine abgestimmte und beschleunigte Transformation des Energiesystems. -> Energiebeirat reinbringen		- Anzahl Abstimmungstermine - Anzahl identifizierter gemeinsamer Projekte - Anzahl geprüfter Netz-/Anschlussfragen - Anzahl in Umsetzung gebrachter Projekte
VK-3	Kommunalen Fuhrpark emissionsarm umstellen	IKSK - M1,M8 & ifeu Studie	Schrittweise Umstellung des kommunalen Fuhrparks auf emissionsarme bzw. -freie Antriebe. Ziel ist die Reduktion von direkten Emissionen im Zuständigkeitsbereich der Kommune. Das Klimamanagement ist unterstützend tätig, z.B. durch das Finden von Fördermöglichkeiten.	Ziel der Maßnahme ist die Reduzierung der direkten Treibhausgasemissionen des kommunalen Fuhrparks. Bei anstehenden Fahrzeugbeschaffungen sollen emissionsarme oder emissionsfreie Antriebe systematisch geprüft und soweit wirtschaftlich sowie technisch möglich bevorzugt eingesetzt werden. Ergänzend sollen klimafreundliche Alternativen wie dienstliche E-Bikes stärker genutzt und bestehende Angebote sichtbarer gemacht werden.	- Anteil E-/emissionsarmer Fahrzeuge am Fuhrpark - Anzahl ersetzter Verbrenner - Kraftstoffverbrauch l/a - Stromverbrauch Fuhrpark kWh/a - THG-Emissionen Fuhrpark tCO₂e/a

VK-3.1	Informationen zum dienstlichen E-Bike bereitstellen	IKSK - M1,M8 & ifeu Studie	Verbesserung der internen Kommunikation zum vorhandenen dienstlichen E-Bike, um Bekanntheit, Zugänglichkeit und Nutzungsmöglichkeiten innerhalb der Verwaltung zu erhöhen.	Verbesserung der Information über das vorhandene dienstliche E-Bike innerhalb der Verwaltung. Ziel ist es, allen Mitarbeitenden bekannt zu machen, dass ein E-Bike für Dienstfahrten zur Verfügung steht und wie dieses genutzt werden kann. Dadurch sollen Hemmnisse abgebaut und klimafreundliche Alternativen für kurze Dienstwege gefördert werden. Mögliche Umsetzung - Bereitstellung von Informationen im Intranet. - Erstellung einer Kurzanleitung zur Nutzung des E-Bikes. - Information über Standort, Ausleihprozess, Ladevorgang und Ansprechpartner. - Regelmäßige Vorstellung des Angebots bei Mitarbeiterversammlungen oder internen Kommunikationsformaten. - Integration der Informationen in Unterlagen für neue Mitarbeitende.	- Informationsmaterial veröffentlicht - Anzahl Kommunikationsmaßnahmen - Bekanntheitsgrad in Mitarbeitendenbefragung - Anzahl Anfragen/Buchungen nach Bewerbung
VK-3.2	Digitales Reservierungssystem für E-Bikes einführen	IKSK - M1,M8 & ifeu Studie	Integration des dienstlichen E-Bikes in das bestehende digitale Reservierungssystem, um Verfügbarkeit und Buchung transparent und einfach zu gestalten.	Erweiterung des bestehenden digitalen Reservierungssystems um dienstliche E-Bikes. Ziel ist es, die Ausleihe einfach und transparent zu gestalten sowie die Verfügbarkeit jederzeit nachvollziehbar zu machen. Dadurch werden organisatorische Hürden reduziert und die Nutzung des E-Bikes im Verwaltungsalltag erleichtert. Mögliche Umsetzung - Integration des E-Bikes in das bestehende Reservierungsmanagement. - Digitale Anzeige von Verfügbarkeit und Buchungszeiten. - Möglichkeit zur Reservierung über bekannte Verwaltungsanwendungen. - Dokumentation von Nutzung und Auslastung. - Bereitstellung von Informationen zu Standort und Ladezustand.	- E-Bike im Reservierungssystem integriert ja/nein - Anzahl Buchungen pro Jahr - Auslastungsquote - Anzahl nicht erfüllter Buchungsanfragen
VK-3.3	Dienstliche E-Bike-Flotte bedarfsgerecht ausbauen	IKSK - M1,M8 & ifeu Studie	Bedarfsgerechter Ausbau der dienstlichen E-Bike-Flotte auf Basis der tatsächlichen Nutzung, um mehr klimafreundliche Dienstfahrten innerhalb des Stadtgebiets zu ermöglichen.	Prüfung und Erweiterung des bestehenden E-Bike-Angebots auf Grundlage der tatsächlichen Nutzung. Ziel ist es, die Zahl der verfügbaren E-Bikes an die Nachfrage anzupassen und mehr Mitarbeitenden eine klimafreundliche Alternative für Dienstfahrten anzubieten. Mögliche Umsetzung - Auswertung der Buchungs- und Nutzungsdaten. - Ermittlung des zukünftigen Bedarfs in einzelnen Fachbereichen. - Beschaffung zusätzlicher E-Bikes bei hoher Auslastung. - Aufbau ausreichender Lade- und Abstellmöglichkeiten. - Regelmäßige Überprüfung der Auslastung und Anpassung der Flottengröße.	- Anzahl dienstliche E-Bikes - Auslastungsquote - Anzahl E-Bike-Dienstfahrten - geschätzte ersetzte Pkw-km - daraus abgeleitete THG-Einsparung

VK-4	Nachhaltige Mobilität der Verwaltungsmitarbeitenden	IKSK - M1,M8 & ifeu Studie	Förderung einer klimafreundlichen Mobilität der Verwaltungsmitarbeitenden durch den Ausbau und die Weiterentwicklung von ÖPNV-Angeboten für Dienstreisen und Arbeitswege.		- Anteil Dienstreisen mit Umweltverbund - Anzahl ÖPNV-Dienstreisen - Pkw-km Dienstreisen - THG-Emissionen aus Dienstreisen - Nutzung nachhaltiger Mobilitätsangebote
VK-4.1	Deutschlandticket für Dienstreisen	IKSK - M1,M8 & ifeu Studie	Einführung von Deutschlandtickets für dienstliche Fahrten der Verwaltungsmitarbeitenden, um die Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs bei Dienstreisen zu erhöhen und Fahrten mit Pkw oder Dienstwagen zu reduzieren.	Einführung eines Deutschlandtickets für dienstliche Fahrten der Verwaltungsmitarbeitenden. Ziel ist es, Fahrten zu Besprechungen, Fortbildungen, Netzwerktreffen oder Ortsterminen verstärkt mit dem öffentlichen Nahverkehr durchzuführen und dadurch die Nutzung von Dienstwagen und privaten Pkw für Dienstreisen zu reduzieren. Mögliche Umsetzung - Prüfung, für welche Mitarbeitenden bzw. Fachbereiche ein Deutschlandticket wirtschaftlich sinnvoll ist. - Beschaffung einer festgelegten Anzahl dienstlicher Deutschlandtickets oder Einführung personenbezogener Tickets für Mitarbeitende mit regelmäßigem Reiseaufkommen. - Erstellung einer Dienstreiserichtlinie, die den ÖPNV bei geeigneten Verbindungen als bevorzugtes Verkehrsmittel vorsieht. - Erfassung und Auswertung der Nutzung sowie der eingesparten Pkw-Kilometer. - Prüfung einer späteren Ausweitung auf ein Jobticket-Modell für alle Mitarbeitenden. Zusätzlicher Vorteil Diese Maßnahme kann als Pilotprojekt dienen. Die Verwaltung sammelt Erfahrungen mit dem Deutschlandticket, bevor über einen möglichen Zuschuss oder die vollständige Bereitstellung eines Jobtickets für alle Mitarbeitenden entschieden wird.	- Anzahl bereitgestellter Tickets - Anzahl Nutzungen - ersetzte Pkw-Dienstreisen - ersetzte Pkw-km - Kosten je Nutzung

VK-4.2	Nutzung und Akzeptanz DE-Ticket evaluieren	IKSK - M1,M8 & ifeu Studie	Evaluation der Nutzung und Akzeptanz von Deutschlandtickets für Dienstreisen, um Erfahrungen zu sammeln, Hemmnisse zu identifizieren und die Grundlage für eine mögliche Ausweitung auf weitere Beschäftigte zu schaffen.	Nach der Einführung von Deutschlandtickets für Dienstreisen werden Nutzung, Akzeptanz und Auswirkungen innerhalb der Verwaltung systematisch erfasst und ausgewertet. Ziel ist es, die tatsächliche Nutzung des Angebots zu bewerten, Hemmnisse zu identifizieren und eine fundierte Entscheidungsgrundlage für eine mögliche Ausweitung auf weitere Mitarbeitende oder ein Jobticket-Modell zu schaffen. Mögliche Umsetzung - Erfassung der Nutzungshäufigkeit der Deutschlandtickets für Dienstreisen. - Dokumentation der eingesparten Pkw-Fahrten und Dienstwagenkilometer. - Befragung der Mitarbeitenden zu Erfahrungen, Vorteilen und bestehenden Hindernissen bei der Nutzung des ÖPNV. - Analyse der Wirtschaftlichkeit und des organisatorischen Aufwands. - Bewertung möglicher Klimaschutzwirkungen und Kosteneinsparungen. - Ableitung von Empfehlungen für die Weiterentwicklung des betrieblichen Mobilitätsmanagements. Erwarteter Nutzen - Ermittlung der tatsächlichen Nachfrage nach einem Deutschlandticket. - Nachweis möglicher CO₂-Einsparungen und Veränderungen im Mobilitätsverhalten.	- Evaluation durchgeführt - Rücklaufquote Mitarbeitendenbefragung - Zufriedenheit/Nutzungshemmnisse - Auslastung der Tickets - Empfehlung zur Fortführung/Ausweitung liegt vor
VK-5	Energie- und Ressourcensparen in der Verwaltung	IKSK - M8, weiterentwickelt	Sensibilisierung von Beschäftigten sowie Umsetzung organisatorischer und verhaltensbezogener Maßnahmen zur Reduzierung von Energieverbrauch. Ziel ist eine effizientere Nutzung von Ressourcen im Verwaltungsbetrieb.		- Stromverbrauch Verwaltung kWh/a - Wärmeverbrauch kWh/a - Papierverbrauch - Restabfallmenge - Anzahl Sensibilisierungsaktionen - Kostenersparnis €/a

VK-5.1	Temperatur im Serverraum erhöhen	IKSK - M8, weiterentwickelt	Prüfung und Anhebung der Serverraumtemperatur auf ein technisch zulässiges Niveau, um den Kühlenergiebedarf und die Betriebskosten zu senken.	Prüfung und Anpassung der Solltemperatur im Serverraum, um den Energiebedarf der Kühlung zu reduzieren. Nach den Empfehlungen der ASHRAE können moderne IT-Systeme in der Regel bei Zulufttemperaturen von 18–27 °C zuverlässig betrieben werden. Viele Serverräume werden dennoch deutlich kälter betrieben als technisch erforderlich. Die Anhebung der Temperatur kann daher Energie und Betriebskosten einsparen, ohne die IT-Sicherheit zu beeinträchtigen. Mögliche Umsetzung - Prüfung der technischen Anforderungen der vorhandenen Server- und Netzwerktechnik. - Erhöhung der Solltemperatur von aktuell 21 °C auf 23-24 °C. - Überwachung der Raum- und Gerätetemperaturen nach der Anpassung. - Einbindung der IT-Abteilung in die Bewertung der Betriebssicherheit. - Dokumentation der erzielten Energieeinsparungen.	- Solltemperatur geprüft/angepasst - Serverraumtemperatur °C - Stromverbrauch Kühlung/USV kWh - Anzahl Störmeldungen
VK-5.2	Einführung eines Digital Cleanup Day	IKSK - M8, weiterentwickelt	Durchführung eines jährlichen Digital Cleanup Day zur Bereinigung digitaler Datenbestände und Sensibilisierung für die Umweltwirkungen von Datenspeicherung und digitaler Infrastruktur.	Durchführung eines jährlichen „Digital Cleanup Day“, bei dem Mitarbeitende digitale Datenbestände bereinigen und unnötige Dateien, E-Mails oder doppelte Ablagen löschen. Ziel ist es, den Speicherbedarf auf Servern und in Cloud-Anwendungen zu reduzieren, die digitale Ordnung zu verbessern und für die Umweltwirkungen digitaler Infrastruktur zu sensibilisieren. Der internationale Digital Cleanup Day macht auf digitale Verschwendung und den Energiebedarf von Rechenzentren aufmerksam. Mögliche Umsetzung - Durchführung eines jährlichen Aktionstages. - Bereinigung von Netzlaufwerken, SharePoint-Strukturen und persönlichen Laufwerken. - Löschen veralteter oder doppelter Dateien. - Aufräumen von E-Mail-Postfächern und Archiven. - Erstellung einfacher Leitfäden zur digitalen Datenhygiene. - Veröffentlichung der erzielten Ergebnisse (z. B. freigeräumter Speicherplatz).	- Aktionstag durchgeführt - freigegebener Speicherplatz GB/TB - Anzahl teilnehmende OE/Mitarbeitende - Anzahl gelöschter/archivierter Dateien - Speicherbedarf vor/nach Aktion

VK-5.3	Sensibilisierung der Mitarbeitenden zum Energie- und Ressourcensparen	IKSK - M8, weiterentwickelt	Regelmäßige Sensibilisierung der Mitarbeitenden für energie- und ressourcenschonendes Verhalten durch Informationskampagnen, Hinweise und interne Kommunikationsmaßnahmen.	Regelmäßige Information und Sensibilisierung der Mitarbeitenden zu einfachen Energiesparmaßnahmen im Arbeitsalltag. Ziel ist es, durch kleine Verhaltensänderungen Energie- und Ressourcenverbräuche dauerhaft zu reduzieren und ein stärkeres Bewusstsein für die Auswirkungen des eigenen Handelns zu schaffen. Mögliche Umsetzung - Regelmäßige Beiträge im Intranet. - Kurze Energiespartipps per E-Mail. - Aufkleber und Hinweisschilder an relevanten Standorten. - Aktionen oder Themenwochen zum Energiesparen. - Veröffentlichung von Verbrauchsentwicklungen und Erfolgen. - Integration der Themen in Mitarbeiter Einführungen. Beispielhafte Inhalte - Licht beim Verlassen des Raumes ausschalten. - PC und Bildschirm am Feierabend herunterfahren. - Drucker, Ladegeräte und Kleingeräte bei Nichtnutzung ausschalten. - Stoßlüften statt dauergekipptem Fenster. - Heizkörper nicht durch Möbel oder Gegenstände verdecken. - Papierverbrauch reduzieren und digitale Prozesse nutzen.	- Anzahl Kommunikationsimpulse - Anzahl erreichte Mitarbeitende - Ergebnisse Kurzbefragung - Stromverbrauch außerhalb Nutzungszeiten - Papier-/Druckvolumen
--------	---	-----------------------------	--	---	---

VK-5.4	Einsatz von Zeitschaltuhren und automatischen Abschaltungen	IKSK - M8, weiterentwickelt bei Gemeinschaftsgeräten und außerhalb der Nutzungszeiten zu reduzieren.	Einsatz von Zeitschaltuhren und automatisierten Abschaltungen, um Standby-Verbräuche	Einführung technischer Lösungen zur automatischen Abschaltung von Geräten außerhalb der Nutzungszeiten. Ziel ist es, unnötige Standby-Verbräuche zu vermeiden und Energieeinsparungen auch dort zu erzielen, wo Verhaltensänderungen allein nicht ausreichen oder keine eindeutige Verantwortung für Geräte besteht. Mögliche Umsetzung - Einsatz von Zeitschaltuhren für Gemeinschaftsgeräte. - Automatische Nachtabstaltung von Druckern und Kopierern. - Abschaltung von Geräten in Teeküchen, Aufenthaltsräumen oder Besprechungsräumen außerhalb der Betriebszeiten. - Prüfung smarter Steckdosen oder zentraler Energiemanagementlösungen. - Kombination mit Sensibilisierungsmaßnahmen. Anwendungsbeispiele - Drucker und Kopierer - Wasserspender - Kaffeemaschinen - Monitore in Gemeinschaftsbereichen - Ladegeräte und sonstige Kleingeräte	- Anzahl ausgestatteter Geräte - geschätzte Standby-Vermeidung kWh/a - Stromverbrauch betroffener Geräte vor/nach Umstellung - Anzahl Störungen/Ausnahmen
--------	---	--	--	---	--

VK-5.5	Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED	IKSK - M8, weiterentwickelt	Schrittweise Umrüstung der kommunalen Straßenbeleuchtung auf LED-Technologie zur Reduzierung von Stromverbrauch, Treibhausgasemissionen und Betriebskosten.	Schrittweise Umrüstung der kommunalen Straßenbeleuchtung auf energieeffiziente LED-Technologie. Ziel ist es, den Stromverbrauch und die Treibhausgasemissionen der Straßenbeleuchtung deutlich zu reduzieren sowie die Grundlage für eine bedarfsgerechte Steuerung der Beleuchtung zu schaffen. Insbesondere ältere Leuchten mit hohem Energieverbrauch sollen prioritär ersetzt werden. Die Umrüstung kann zudem Wartungsaufwand und Ersatzteilkosten reduzieren. Mögliche Umsetzung - Erfassung und Priorisierung des bestehenden Leuchtenbestands. - Austausch besonders energieintensiver Leuchten durch moderne LED-Technik. - Vorrangige Betrachtung von Straßenabschnitten mit hohem Stromverbrauch. - Nutzung von Förderprogrammen für die Modernisierung der Straßenbeleuchtung. - Berücksichtigung von Anforderungen des Insekten- und Artenschutzes. - Regelmäßige Erfassung der erzielten Strom- und CO₂-Einsparungen. Hinweis Eine besondere Priorität sollten die Leuchten entlang der Bundesstraßen erhalten. Nach Einschätzung der Technischen Betriebe befindet sich dort aufgrund des hohen Stromverbrauchs das größte Einsparpotenzial, während sich ein Austausch trotz	- Anzahl/Anteil LED-Leuchten - Stromverbrauch Straßenbeleuchtung kWh/a - Einsparung kWh/a - THG-Einsparung - Wartungseinsätze pro Jahr
VK-6	PV auf kommunalen Dächer	IKSK - M8	Systematische Identifikation geeigneter Dachflächen und Umsetzung eines Ausbauplans für Photovoltaik. Ziel ist die Steigerung der erneuerbaren Energieerzeugung im direkten Einflussbereich der Kommune.		- installierte PV-Leistung kWp - erzeugter PV-Strom kWh/a - Eigenverbrauchsanteil - vermiedene Strombezugskosten - THG-Minderung
VK-7	Freiflächen PV-Strategie	neu durch Analys	Entwicklung einer gesamtmstädtischen Strategie zur Nutzung geeigneter Flächen für Photovoltaik-Freiflächenanlagen auf Basis der FFPV-Analyse vom RVR. Ziel ist es, geeignete Flächen zu identifizieren, deren Nutzung zu steuern und potenzielle Ausbauflächen transparent zu veröffentlichen, um Investitionen zu erleichtern und den Ausbau gezielt voranzutreiben.		- Strategie erstellt/beschlossen - identifizierte Potenzialflächen ha - veröffentlichte Potenzialflächen - installierte Leistung MWp - erzeugter Strom MWh/a

VK-7.2	Investorenansprache und Flächenvermarktung für Freiflächen-PV	neu durch Analyse vom RVR, passend zu IKS M8 & M10	Aktive Vermarktung geeigneter Freiflächen-Potenziale und Ansprache von Projektentwicklern, um die Umsetzung von Freiflächen-PV-Anlagen in Schwelm zu beschleunigen.	Aktive Ansprache potenzieller Projektentwickler und Investoren, um die Umsetzung geeigneter Freiflächen-PV-Projekte zu beschleunigen. Ziel ist es, identifizierte Potenzialflächen sichtbar zu machen, Investitionshemmnisse abzubauen und die Umsetzung privater Investitionen zu fördern. Mögliche Umsetzung - Veröffentlichung geeigneter Potenzialflächen aus der Freiflächen-PV-Strategie. - Erstellung eines Informationspakets zu geeigneten Flächen und Rahmenbedingungen. - Durchführung von Informationsveranstaltungen oder Investorenforen. - Direkte Ansprache regionaler und überregionaler Projektentwickler. - Austausch mit Kommunen, die bereits erfolgreich Freiflächen-PV-Projekte umgesetzt haben. - Prüfung von Beteiligungsmodellen für Bürgerschaft oder Stadtwerke.	- Informationspaket erstellt - Anzahl angesprochener Investoren - Anzahl Rückmeldungen/Interessenbekundungen - Anzahl Projektprüfungen Fläche in konkreter Entwicklung ha
VK-7.3	Speicherlösungen bei Freiflächen-PV mitdenken	neu durch Analyse vom RVR, passend zu IKS M8 & M10	Prüfung und Berücksichtigung von Batteriespeichern bei der Planung neuer Freiflächen-PV-Anlagen, um die lokale Nutzung erneuerbarer Energien zu verbessern und Netzengpässe sowie zu vermeiden.	Prüfung des Einsatzes von Batteriespeichern im Zusammenhang mit zukünftigen Freiflächen-PV-Anlagen. Ziel ist es, die Nutzung des erzeugten Stroms zu optimieren, Netzengpässe zu reduzieren und die lokale Energiewende langfristig zu unterstützen. Mögliche Umsetzung - Berücksichtigung von Speicherpotenzialen bereits in der Flächenanalyse. - Prüfung geeigneter Standorte für Batteriespeicher. - Abstimmung mit Netzbetreibern und Energieversorgern. - Bewertung von Wirtschaftlichkeit und Netzdienlichkeit. - Berücksichtigung zukünftiger Entwicklungen im Bereich netzdienlicher Speicher und Flexibilitätsmärkte.	- Anzahl geprüfter Speicherstandorte - Speicherleistung MW/MWh in Planung - Anzahl Abstimmungen mit Netzbetreiber - Anzahl Projekte mit Speicherkomponente

Stadtentwicklung und Bauleitplanung

SB-1	Austausch bei Mobilitäts- und Radverkehrskonzept	IKSK - M7	Begleitung und Weiterentwicklung bestehender Mobilitätsstrategien mit Fokus auf klimafreundliche Verkehrslösungen. Ziel ist die Verlagerung auf nachhaltige Verkehrsmittel sowie die Reduktion von Emissionen im Verkehrssektor.	- Anzahl Abstimmungstermine - Anzahl eingebrachter Klimaschutzaspekte - Anzahl übernommener Vorschläge in Konzepte - Stand Umsetzung relevanter Maßnahmen
------	--	-----------	--	--

SB-2	Klimaschutz in der Bauleitplanung	IKSK -M5	Erarbeitung und Verankerung verbindlicher Klimaschutzstandards in der Bauleitplanung (z. B. PV-Pflicht, Dachbegrünung, klimaangepasste Planung). Ziel ist die langfristige Berücksichtigung von Klimaschutz in allen neuen städtebaulichen Entwicklungen.		- Anteil neuer B-Pläne mit Klimaschutzfestsetzungen - Anzahl Festsetzungen zu PV/Begrünung/Versickerung/Wärme - Anteil Verfahren mit Klimaschutzprüfung
SB-2.1	Rechtliche Prüfung B-Plan	IKSK - M5, weiterentwickelt	Entwicklung und rechtliche Absicherung standardisierter Klimaschutzfestsetzungen für Bebauungspläne. Hierfür werden rechtlich geprüfte Beispiele anderer Kommunen ausgewertet und/oder eine juristische Prüfung durchgeführt, um Photovoltaik, Begrünung, erneuerbare Wärmeversorgung und weitere Klimaschutzaspekte rechtssicher in der Bauleitplanung zu verankern.	Erarbeitung und rechtliche Prüfung standardisierter Klimaschutzfestsetzungen für Bebauungspläne, um Klimaschutz- und Klimaanpassungsaspekte rechtssicher in zukünftigen Planverfahren zu verankern. Ziel ist es, die rechtlichen Spielräume der Bauleitplanung konsequent auszuschöpfen und gleichzeitig die Anfechtbarkeit von Festsetzungen zu minimieren. Dabei können entweder externe Fachkanzleien eingebunden oder bereits rechtlich geprüfte Festsetzungen anderer Kommunen als Vorbild genutzt werden. Die Stadt Heiligenhaus hat beispielsweise standardisierte Festsetzungen zu Photovoltaik, Wärmepumpen und Dachbegrünung entwickelt und rechtlich prüfen lassen. Mögliche Umsetzung: - Analyse bestehender rechtssicherer Klimaschutzfestsetzungen anderer Kommunen (z. B. Heiligenhaus). - Beauftragung einer Fachkanzlei oder eines spezialisierten Planungsbüros zur rechtlichen Prüfung und Anpassung an die Schwelmer Rahmenbedingungen. - Erstellung eines kommunalen Leitfadens bzw. Festsetzungskatalogs für Bebauungspläne. - Standardmäßige Berücksichtigung klimarelevanter Festsetzungen bei neuen Bebauungsplänen, sofern die rechtlichen Voraussetzungen im Einzelfall gegeben sind. - Regelmäßige Aktualisierung des Katalogs bei Änderungen der Gesetzgebung oder Rechtsprechung.	- Festsetzungskatalog erstellt - juristische Prüfung abgeschlossen - Anzahl geprüfter Festsetzungen - Anzahl B-Pläne mit rechtssicheren Klimaschutzfestsetzung

SB-2.2	Genehmigungsfreistellungsverfahren klimaschutzgerecht gestalten	IKSK - M5, weiterentwickelt	Entwicklung eines Kontroll- und Nachweissystems für klimarelevante Festsetzungen in Genehmigungsfreistellungsverfahren, um die Umsetzung von Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen auch ohne reguläre Baugenehmigungsprüfung sicherzustellen.	Entwicklung von Verfahren und Prüfschritten, um die Einhaltung klimarelevanter Festsetzungen auch bei Genehmigungsfreistellungsverfahren sicherzustellen. Ziel ist es, die tatsächliche Umsetzung von Vorgaben wie Photovoltaik, Dachbegrünung, Regenwassermanagement oder Entsiegelung zu gewährleisten und die Wirksamkeit der Bauleitplanung zu erhöhen. Mögliche Umsetzung: - Entwicklung einer Klimaschutz-Checkliste für Freistellungsverfahren. - Einführung von Nachweispflichten für klimarelevante Festsetzungen. - Stichprobenartige Kontrollen nach Fertigstellung von Bauvorhaben. - Standardisierung von Dokumentationsanforderungen (z. B. Fotodokumentation oder Fachunternehmernachweise). - Prüfung, in welchen Fällen aufgrund besonderer Klimaschutzanforderungen ein reguläres Genehmigungsverfahren erforderlich ist.	- Checkliste erstellt - Anteil Freistellungsverfahren mit Klimaschutz-Checkliste - Anzahl eingereicherter Nachweise - Anzahl festgestellter Abweichungen
SB-2.3	Umsetzungsprüfung	IKSK - M5, weiterentwickelt	Einführung einer systematischen Umsetzungsprüfung, um sicherzustellen, dass klimarelevante Festsetzungen in Bebauungsplänen tatsächlich realisiert werden. Die Prüfung erfolgt über Genehmigungsunterlagen, Nachweisdokumentationen und stichprobenartige Kontrollen vor Ort.	Sicherstellung, dass klimarelevante Festsetzungen aus Bebauungsplänen – beispielsweise zur Dach- und Fassadenbegrünung, Photovoltaik, Entsiegelung, Regenwasserbewirtschaftung oder Freiraumgestaltung – bei der Umsetzung von Bauvorhaben tatsächlich realisiert werden. Ziel ist es, die Wirksamkeit der Bauleitplanung für den Klimaschutz und die Klimaanpassung dauerhaft zu erhöhen. Mögliche Umsetzung: - Prüfung der klimarelevanten Festsetzungen im Rahmen von Baugenehmigungs- und Ausführungsunterlagen. - Dokumentation der umgesetzten Maßnahmen durch Bauherrschaft oder Fachplanende (z. B. Fotodokumentation oder Nachweise). - Stichprobenartige Vor-Ort-Kontrollen nach Fertigstellung von Bauvorhaben. - Aufnahme eines Prüfschritts für Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen in bestehende Verwaltungsabläufe. - Aufbau eines Monitorings, um die Umsetzungsquote klimarelevanter Festsetzungen systematisch zu erfassen und auszuwerten.	- Anzahl kontrollierter Bauvorhaben - Anteil erfüllter klimarelevanter Festsetzungen - Anzahl Nachforderungen - Umsetzungsquote in %

SB-3	Ladeinfrastruktur ausweiten	IKSK - M5, weiterentwickelt	Schaffung strategischer Rahmenbedingungen für den Ausbau öffentlicher und privater Ladeinfrastruktur. Ziel ist es, Elektromobilität zu fördern und den Umstieg auf klimafreundliche Antriebe zu unterstützen. Der Ausbau selbst liegt nicht bei der Kommunalverwaltung.		- Anzahl öffentliche Ladepunkte - Ladeleistung kW - Auslastung/Ladevorgänge pro Jahr - geladene Strommenge kWh/a - Anzahl Abstimmungen mit Netzbetreiber
------	-----------------------------	-----------------------------	---	--	--

Private Haushalte

PH-1	BürgerSolar Beratung	IKSK - M9	Niedrigschwellige, ehrenamtliche Beratung durch geschulte Bürger zur Nutzung von Solarenergie. Ziel ist die Aktivierung und Unterstützung der Bürgerschaft beim Ausbau erneuerbarer Energien. Nach einer ersten Umsetzung soll das Projekt weitergeführt und ausgebaut werden.		- Anzahl Beratungen - Anzahl aktive Beraterinnen/Berater - Anzahl daraus gemeldeter PV-Anlagen - installierte PV-Leistung kWp - erzeugter PV-Strom kWh/a
PH-2	Online-Übersicht auf der städtischen Webseite zu PV, Erneuerbaren Energien, E-Mobilität, Energiesparen, Heizung, Sanieren	IKSK - M9	Zentrale Bereitstellung von Informationen zu Klimaschutzmaßnahmen, Fördermöglichkeiten und Beratungsangeboten auf der städtischen Homepage, sobald diese neu aufgesetzt wurde. Ziel ist eine bessere Orientierung und niedrigere Einstiegshürden für Bürger.	Informationen zu: - Versickerung, Regenwasser - Ofenführerschein - E-Mobilität (Karte Ladestationen, E-Auto als Mieter, generelle Infos zum Laden und zur Anschaffung, ...) - Bürgerenergie, Energy-Sharing (Wie kann meine Nachbarschaft das umsetzen?) - Förderungen/Fördernavi, am besten mit Ansprechpartner - Energieberater (mit Liste und Förderung) - Solarrechner - Wärmepumpen-Beratung - Energiespartipps - Klimafreundliche (saisonale + regionale) Ernährung - Feuerwerk Einschränkung Art der Umsetzung: - positiv kommunizieren - Angebote machen statt verbieten - einfache Sprache - Bilder - Begriffsdefinition - Suchfunktion - Vernetzung mit Öffentlichkeitsarbeit	- Webseite veröffentlicht - Anzahl Seitenaufrufe - Klicks auf Förder-/Beratungslinks - Anzahl aktualisierter Inhalte - Nutzerfeedback

Industrie, Gewerbe, Handel und Dienstleistungen

W-1	Online-Übersicht auf der städtischen Webseite zu PV, Erneuerbaren Energien, E-Mobilität, Energiesparen, Heizung, Sanieren für Unternehmen	IKSK - M10	Zentrale Informationsplattform zu klimafreundlichen Technologien, Förderungen und Beratungsangeboten für Unternehmen auf der städtischen Homepage, sobald diese neu aufgesetzt wurde. Dabei sollen bestehende Informationsangebote von Verbänden und Fachorganisationen (DENA, GIH, DEN) eingebunden werden. Ziel ist die Unterstützung bei Investitionsentscheidungen.	Ergänzung möglicher Themen: - gesetzliche Pflichten und Normen (rechtlich komplex, vermutlich zu aufwendig)	- Webseite veröffentlicht - Anzahl Seitenaufrufe - Klicks auf Förder-/Beratungslinks - Anzahl gelisteter Angebote/Ansprechpartner - Feedback von Unternehmen
W-1.2	Unternehmensnetzwerk verstärkt mit Klimathemen bespielen	IKSK - M10	Aufbau eines Unternehmensnetzwerks zum Austausch über Klimaschutz, Energieeffizienz und nachhaltiges Wirtschaften sowie zur Entwicklung gemeinsamer Aktivitäten.	Aufbau eines kommunalen Netzwerks für Unternehmen, um den Austausch zu Klimaschutz, Energieeffizienz und nachhaltigem Wirtschaften zu fördern. Ziel ist es, Unternehmen miteinander zu vernetzen, gute Beispiele sichtbar zu machen und gemeinsame Aktivitäten anzustoßen. Durch den Erfahrungsaustausch sollen Hemmnisse abgebaut und die Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen in Unternehmen erleichtert werden. Als Vorbild kann beispielsweise der Klimapakt Krefeld dienen. Mögliche Umsetzung - Regelmäßige Netzwerktreffen organisieren. - Erfolgreiche Unternehmen aus Schwelm oder der Region als Best-Practice-Beispiele einbinden. - Aktive Unterstützung durch die EnergieAgentur NRW bzw. regionale Netzwerke. - Gezielte Ansprache von Unternehmensleitungen. - Durchführung themenspezifischer Vorträge und Fachveranstaltungen. - Austausch zu Fördermöglichkeiten, Energieeffizienz und gesetzlichen Anforderungen.	- Anzahl teilnehmende Unternehmen - Anzahl Netzwerktreffen - Anzahl vorgestellter Good Practices - Anzahl angestößer Unternehmensmaßnahmen
W-1.3	Klimafreundliche Unternehmen sichtbar machen	IKSK - M10	Sichtbarmachung und Würdigung klimafreundlicher Unternehmen durch Auszeichnungen, Öffentlichkeitsarbeit und Best-Practice-Beispiele.	Prüfung von Möglichkeiten, klimafreundlich wirtschaftende Unternehmen öffentlich sichtbar zu machen und deren Engagement zu würdigen. Ziel ist es, Anreize für freiwilliges Klimaschutzengagement zu schaffen und Vorbilder innerhalb der lokalen Wirtschaft hervorzuheben. Mögliche Umsetzung - Entwicklung eines kommunalen Labels oder einer Auszeichnung. - Vorstellung guter Beispiele auf der städtischen Webseite. - Öffentlichkeitswirksame Berichterstattung über erfolgreiche Projekte. - Verknüpfung mit dem Unternehmensnetzwerk. - Prüfung möglicher Förder- oder Beratungsangebote für engagierte Unternehmen.	- Kriterien/Format entwickelt - Anzahl ausgezeichnete Unternehmen - Anzahl veröffentlichte Best Practices - Reichweite der Beiträge - Anzahl Nachahmer/Kontakte

W-2	Austausch mit VER etablieren	Ifeu Studie, passt zu IKS M7	Stärkung des Austauschs mit der VER zur Weiterentwicklung eines klimafreundlichen öffentlichen Verkehrsangebots.	Stärkung des Austauschs mit der VER zur Weiterentwicklung eines attraktiven und klimafreundlichen öffentlichen Verkehrsangebots. Im Fokus stehen insbesondere die Verbesserung der Nutzungsqualität, der Erreichbarkeit sowie die Gewinnung zusätzlicher Fahrgäste. Die Elektrifizierung des Busverkehrs soll dabei langfristig berücksichtigt werden, kurzfristig steht jedoch die Attraktivitätssteigerung des ÖPNV im Vordergrund. Im Rahmen des Austauschs mit der VER können verschiedene Instrumente zur Attraktivitätssteigerung des ÖPNV geprüft werden, beispielsweise vergünstigte oder kostenfreie Angebote für bestimmte Zielgruppen oder Bereiche der Stadt.	- Anzahl Abstimmungstermine - Anzahl abgestimmter Handlungsbedarfe - Anzahl geprüfter Angebotsverbesserungen - Entwicklung Fahrgastzahlen, soweit verfügbar
W-2.1	Haltestellennetz überprüfen und weiterentwickeln	Ifeu Studie, passt zu IKS M7	Überprüfung und Weiterentwicklung des Haltestellennetzes, um die Erreichbarkeit wichtiger Ziele zu verbessern und Angebotslücken zu schließen.	Prüfung des bestehenden Haltestellen- und Liniennetzes hinsichtlich Erreichbarkeit, Nachfrage und zukünftiger Mobilitätsbedarfe. Ziel ist es, Angebotslücken zu identifizieren und die Erreichbarkeit wichtiger Ziele innerhalb des Stadtgebiets zu verbessern. Mögliche Umsetzung - Analyse von Fahrgastzahlen und Erreichbarkeiten. - Identifikation von Wohn- und Gewerbegebieten mit geringer Anbindung. - Beteiligung der Bürgerschaft zur Ermittlung von Bedarfen. - Prüfung zusätzlicher oder verlegter Haltestellen. - Abstimmung mit der VER zu möglichen Anpassungen.	- Analyse abgeschlossen - Anzahl identifizierter Angebotslücken - Anzahl Vorschläge an VER - Anzahl umgesetzter Anpassungen - Erreichbarkeit wichtiger Ziele
W-2.2	Haltestellen attraktiver gestalten	Ifeu Studie, passt zu IKS M7	Verbesserung der Aufenthaltsqualität, Barrierefreiheit und Fahrgastinformation an Bushaltestellen zur Steigerung der Attraktivität des ÖPNV.	Verbesserung der Aufenthaltsqualität an Bushaltestellen, um die Nutzung des ÖPNV attraktiver zu gestalten. Ziel ist es, den Komfort für Fahrgäste zu erhöhen und den öffentlichen Verkehr als alltagstaugliche Alternative zum Pkw zu stärken. Mögliche Umsetzung - Analyse bestehender Haltestellen. - Verbesserung von Wetterschutz, Sitzmöglichkeiten und Barrierefreiheit. - Optimierung von Beleuchtung und Aufenthaltsqualität. - Berücksichtigung von Begrünung und Hitzeschutz. - Bereitstellung aktueller Fahrgastinformationen.	- Anzahl bewerteter Haltestellen - Anzahl verbesserter Haltestellen - Anteil barrierearmer Haltestellen - Anzahl Haltestellen mit Wetterschutz/Sitzgelegenheiten/Fahrgastinfo

W-3	Sensibilisierung in Bildungseinrichtungen zu klimafreundlicher Ernährung	Ifeu Studie	Sensibilisierung von Kindern und Jugendlichen für regionale, saisonale und klimafreundliche Ernährung durch Bildungsangebote, Schulprojekte und Kooperationen mit lokalen Landwirten.	Förderung des Bewusstseins für regionale, saisonale und klimafreundliche Ernährung in Schulen und Bildungseinrichtungen. Ziel ist es, Kindern und Jugendlichen die Herkunft von Lebensmitteln näherzubringen und frühzeitig für nachhaltige Konsum- und Ernährungsweisen zu sensibilisieren. Durch praktische Erfahrungen sollen Zusammenhänge zwischen Landwirtschaft, Ernährung und Klimaschutz erlebbar gemacht werden. Mögliche Umsetzung - Einsatz eines AckerCoachs oder ähnlicher Bildungsangebote. - Kooperationen mit lokalen landwirtschaftlichen Betrieben. - Hofbesuche und Exkursionen. - Unterstützung von Schulgärten. - Durchführung von Projekttagen und Workshops. - Vermittlung von Regionalität, Saisonalität und nachhaltigen Ernährungsweisen.	- Anzahl Bildungseinrichtungen - Anzahl Projektstage/Workshops - Anzahl erreichte Kinder/Jugendliche - Anzahl Kooperationen mit landwirtschaftlichen Betrieben - Feedback Lehr-/Betreuungspersonal
-----	--	-------------	---	---	--

Klimabildung und Öffentlichkeitsarbeit

KÖ-1	Information zu nachhaltigem Verhalten	IKSK -M11	Entwicklung und Umsetzung von Kommunikationsmaßnahmen zu klimafreundlichem Verhalten im Alltag. Sammeln, Erstellen und Verbreiten von Informationsmaterialien. Ziel ist die Aktivierung der Bevölkerung zur eigenen Mitwirkung am Klimaschutz.		- Anzahl veröffentlichter Informationsmaterialien - Anzahl Themenkampagnen - Reichweite der Inhalte - Seitenaufrufe/Klicks - qualitative Rückmeldungen
KÖ-2	Geeignete Informations-formate finden	IKSK - M11, und erfahrungen der letzten jahre	Analyse und Weiterentwicklung zielgruppengerechter Kommunikationsformate zur Klimasensibilisierung. Welche Formate sind für die Bürgerschaft am ansprechendsten (Bsp. Stadtradeln, Vorträge, Social Media, Stände/Märkte)? Ziel ist eine stärkere Erreichung verschiedener Bevölkerungsgruppen.		- Anzahl getesteter Formate - Reichweite je Format - Kosten je erreichter Person, soweit möglich - Feedback/Zufriedenheit - daraus abgeleitete Anpassungen

KÖ-2.1	Newsletter Team Zukunft	IKSK - M11	Es gibt bereits einen Zukunftsnewsletter, der das Thema Klimaschutz aufnehmen soll. In diesem Rahmen soll die Regelmäßigkeit angepasst (z.B. alle zwei Monate), das Corporate Design der Stadt Schwelm auf den Newsletter übertragen und eine generelle Struktur sowie ein Redaktionsplan erstellt werden. Das Ziel der Erweiterung/Anpassung des Newsletters ist, Bürgerinnen und Bürger über Klimaschutzangebote, Veranstaltungen, Beratungen und alltagsnahe Handlungsmöglichkeiten zu informieren.	Aufgreifen des Themas Klima im Zukunft-Newsletter und Überarbeitung des Newsletterkonzepts mit dem Ziel der gebündelten Information der Bürgerschaft über Klimaschutzangebote, Veranstaltungen, Beratungen, Fördermöglichkeiten und konkrete Alltagstipps. Der Newsletter soll als niedrigschwelliger Kommunikationskanal dienen und regelmäßig auf aktuelle Themen, Mitmachangebote und Fortschritte im kommunalen Klimaschutz aufmerksam machen. Als Beispiel kann der Klima-Newsletter der Stadt Krefeld betrachtet werden. Mögliche Umsetzung - Aufbau eines E-Mail-Verteilers bzw. Anmeldeformulars über die städtische Webseite. - Regelmäßige Veröffentlichung kurzer, verständlicher Beiträge zu Klimaschutzthemen. - Bewerbung von Veranstaltungen, Beratungsangeboten, Aktionen und Fördermöglichkeiten. - Verknüpfung mit weiteren Kommunikationskanälen wie Webseite, Social Media und Veranstaltungskalender. - Möglichkeit zur zielgruppenspezifischen Gestaltung, z. B. für Haushalte, Unternehmen oder Vereine.	- Anzahl Newsletter/a - Anzahl Abonnentinnen/Abonnenten - Öffnungsrate - Klickrate - Abmeldungen - Rückmeldungen
KÖ-2.2	Außenwerbung für Klimaschutzthemen	IKSK - M11	Nutzung von Außenwerbung an gut frequentierten Orten, um Klimaschutzthemen niedrigschwellig, sichtbar und anlassbezogen in der Stadtgesellschaft zu platzieren.	Nutzung verschiedener Formen der Außenwerbung, um Klimaschutzinformationen im Alltag sichtbar zu machen und auch Personen zu erreichen, die klassische Informationsangebote der Stadt nicht aktiv nutzen. Die Maßnahme umfasst unterschiedliche Medien, Orte und Zeitpunkte der Ansprache. Ziel ist eine breite, wiederkehrende und leicht verständliche Kommunikation zu relevanten Klimaschutzthemen. Mögliche Umsetzung Mögliche Medien: - Plakate und Flyer - Bildschirme - Kino, ggf. mit Einbindung von AVU und Sparkasse - Werbung auf dem städtischen Fuhrpark - TBS-Müllkalender - Zeitung Mögliche Orte: - Arztpraxen und Wartezimmer - Apotheken - Bäckereien - Brauerei - Bücherei - Busse und Bushaltestellen - Drei-Feld-Halle - Hofläden - Restaurants	- Anzahl Plakate/Flyer/Standorte - erreichte Orte/Quartiere - QR-Code-Scans - Anmeldungen/Teilnahmen über Kampagne - qualitative Rückmeldungen

KÖ-2.3	Social Media und digitale Kommunikationskanäle	IKSK - M11	Ausbau digitaler Kommunikationskanäle wie Social Media, E-Mail-Verteiler, Radio und Messenger-Dienste, um Klimaschutzinformationen aktuell, niedrigschwellig und beteiligungsorientiert zu verbreiten.	Ausbau digitaler Kommunikationskanäle zur regelmäßigen, niedrigschwelligen und zielgruppengerechten Ansprache der Bevölkerung. Über Social Media, E-Mail-Verteiler, Radio und Messenger-Kanäle können Klimaschutzinformationen, Veranstaltungshinweise und Mitmachformate breiter und aktueller verbreitet werden. Ziel ist es, Klimaschutz stärker in den digitalen Alltag der Bürgerinnen und Bürger zu bringen und Beteiligung zu erleichtern. Mögliche Umsetzung - Nutzung von Instagram mit Posts, Storys und Reels. - Nutzung von Facebook für Veranstaltungsinformationen und Hinweise. - Aufbau oder Pflege eines E-Mail-Verteilers. - Einbindung von Radio EN für öffentlichkeitswirksame Beiträge. - Mitbestimmen des WhatsApp-Kanals des Ennepe-Ruhr-Kreises. - Prüfung eines eigenen WhatsApp-Kanals der Stadt Schwelm. - Einsatz von Social Media insbesondere bei Mitmach-Formaten, damit Bürgerinnen und Bürger selbst aktiv werden können.	- Anzahl Beiträge - Reichweite/Impressionen - Interaktionen - Klicks - Anzahl Follower - Weiterleitungen zu Beratungsangeboten
KÖ-2.4	Öffentliche Wärmemessung an verschiedenen Stellen der Stadt -- > auch für das KLAK	IKSK - M11	Durchführung öffentlicher Wärmemessungen, um Hitzebelastungen im Stadtraum sichtbar zu machen und für die Bedeutung von Klimaanpassung, Begrünung und Hitzeschutz zu sensibilisieren.	Durchführung öffentlicher Temperaturmessungen an verschiedenen Orten im Stadtgebiet, um die Auswirkungen von Versiegelung, Begrünung und Beschattung sichtbar zu machen. Ziel ist es, die Folgen des Klimawandels sowie die Bedeutung von Klimaanpassungsmaßnahmen anschaulich zu vermitteln und das Bewusstsein für Hitzeschutz in der Bevölkerung zu stärken. Mögliche Umsetzung - Durchführung von Temperaturmessungen an unterschiedlichen Standorten im Stadtgebiet. - Vergleich von versiegelten Flächen, Grünflächen, schattigen Bereichen und stark frequentierten Plätzen. - Visualisierung der Ergebnisse auf Infotafeln, der städtischen Webseite oder in Social Media. - Verknüpfung mit Aktionen zu Hitzeschutz und Klimaanpassung. - Einsatz mobiler Messstationen bei Veranstaltungen oder Aktionstagen. - Einbindung von Schulen oder interessierten Bürgerinnen und Bürgern in die Datenerhebung.	- Anzahl Messaktionen - Anzahl Messpunkte - Temperaturdifferenzen zwischen Flächentypen - Anzahl Teilnehmende - Anzahl Veröffentlichungen/Visualisierungen

KÖ-2.5	Klimaschutzbereich auf der Webseite der Stadt	IKSK - M11	Aufbau eines zentralen Klimaschutzbereichs auf der städtischen Webseite, der Informationen, Beratungsangebote, Veranstaltungen, Webinare und Anmeldeöglichkeiten bündelt.	Einrichtung eines gut auffindbaren eigenen Bereichs „Klima“ auf der städtischen Webseite. Dort sollen Informationen, Beratungsangebote, Veranstaltungen und weiterführende Links gebündelt werden. Die Webseite dient als zentrale digitale Anlaufstelle und verknüpft die Informationsangebote für private Haushalte, Wirtschaft und weitere Zielgruppen. Mögliche Umsetzung - Einrichtung eines eigenen Reiters „Klima“ auf der städtischen Webseite. - Verankerung der Infoseiten für private Haushalte und Wirtschaft. - Verlinkung externer Webinare. - Durchführung eigener Webinare und Veröffentlichung der Aufzeichnungen. - Möglichkeit zur Anmeldung für Newsletter oder E-Mail-Verteiler. - Einpflege von Klimaschutzveranstaltungen in den städtischen Veranstaltungskalender.	- Bereich veröffentlicht - Seitenaufrufe - Verweildauer - Klicks auf Beratungs-/Förderlinks - Anzahl Aktualisierungen - Suchanfragen oder Feedback
KÖ-2.7	Klimabildung an Bildungseinrichtungen stärken	IKSK - M11	Stärkung der Klimabildung an Schulen durch Besuche von Klima-AGs, Beiträge in Projektwochen und mögliche Einbindung von Klimaschutzthemen in den Unterricht.	Einbindung von Kitas und Schulen in die Klimabildungs- und Öffentlichkeitsarbeit, um Kinder und Jugendliche frühzeitig für Klimaschutzthemen zu sensibilisieren und Multiplikatoreffekte in Familien und Quartieren zu nutzen. Die Maßnahme kann bestehende schulische Aktivitäten aufgreifen und durch externe Impulse, Projektwochen oder Besuche von Klima-AGs ergänzen. Mögliche Umsetzung - Besuch bestehender Klima-AGs. - Fachlicher Input in Projektwochen. - Prüfung, ob Klimaschutzthemen in den Unterricht eingebunden werden können. - Entwicklung bzw. Vermittlung altersgerechter Materialien und Mitmachformate. - Verknüpfung mit weiteren Maßnahmen, z. B. nachhaltiger Ernährung, Mobilität, Energieverbrauch oder Hitzeschutz.	- Anzahl Einrichtungen - Anzahl Termine - Anzahl erreichte Kinder/Jugendliche - Anzahl bereitgestellter Materialien - qualitative Rückmeldungen

KÖ-2.8	KlimaTaler einführen	IKSK - M11	Einführung oder Prüfung des KlimaTaler-Programms, um klimafreundliches Verhalten durch positive Anreize zu fördern und lokale Unternehmen einzubinden.	Prüfung der Einführung des KlimaTaler-Programms zur Förderung klimafreundlichen Verhaltens im Alltag. Über die App werden beispielsweise klimafreundlich zurückgelegte Wege zu Fuß, mit dem Fahrrad oder dem ÖPNV erfasst und mit KlimaTalern belohnt, die bei lokalen Partnern eingelöst werden können. Ziel ist es, Bürgerinnen und Bürger durch positive Anreize für klimafreundliches Verhalten zu motivieren und lokale Unternehmen einzubinden. Mögliche Umsetzung - Prüfung einer Teilnahme am KlimaTaler-Programm. - Abstimmung mit dem Anbieter und interessierten Kommunen. - Gewinnung lokaler Unternehmen als Einlösepartner. - Bewerbung der App über Webseite, Newsletter und Social Media. - Verknüpfung mit bestehenden Mobilitäts- und Klimaschutzkampagnen. - Begleitende Öffentlichkeitsarbeit zur Steigerung der Nutzung.	- Entscheidung zur Einführung - Anzahl registrierte Nutzende - Anzahl aktive Nutzende - erfasste klimafreundliche Wege/km - Anzahl lokale Einlösepartner - eingelöste KlimaTaler
KÖ-2.10	Klima-Mobil (Lastenrad mit Informations- und Mitmachangeboten)	IKSK - M11	Einsatz eines Klima-Mobils, z. B. als Lastenrad mit Informationsmaterialien und kleinen Mitmachangeboten, um Klimaschutz direkt in die Quartiere zu bringen.	Ein mobiles Informationsangebot, das Klimaschutzthemen direkt in die Quartiere bringt. Vorgesehen ist ein niedrigschwelliger, sichtbarer und aktivierender Ansatz, beispielsweise mit einem Lastenrad, Informationsmaterialien und kleinen Anreizen wie Snacks. Ziel ist es, nicht nur im Rathaus oder online zu informieren, sondern Klimaschutz dort sichtbar zu machen, wo Menschen wohnen, einkaufen oder sich im Alltag aufhalten. Mögliche Umsetzung - Ausstattung eines Lastenrads oder mobilen Stands mit Informationsmaterialien. - Einsatz in verschiedenen Quartieren und bei Veranstaltungen. - Kombination mit kleinen Mitmachaktionen oder Beratungselementen. - Verknüpfung mit saisonalen Themen wie Hitzeschutz, Gebäudesanierung, PV oder nachhaltiger Mobilität. - Bewerbung anderer Angebote wie Newsletter, Webseite, Energieberatung oder Veranstaltungen.	- Anzahl Einsätze - Anzahl erreichte Personen/Gespräche - Anzahl verteilte Materialien - Anzahl Verweise auf Beratungen/Newsletter - Feedback

KÖ-3	Energieberatung für Privatpersonen	IKSK - M6	Ausbau niedrigschwelliger Beratungsangebote für Haushalte zu Energieeinsparung, Sanierung und klimafreundlicher Wärmeversorgung. Einführen der kreisweiten Energieberatung „Rasender Energieberater“ über die Verbraucherzentrale zur Ausweitung des Beratungsangebots. Ziel ist die Aktivierung der Bürger zur Umsetzung eigener Maßnahmen und die Reduktion von Energieverbrauch.	- Anzahl Beratungen - Anzahl Teilnehmende - Beratungsquote - Anteil umgesetzter empfohlener Maßnahmen nach Nachbefragung - abgeschätzte kWh-/CO₂-Einsparung aus umgesetzten Maßnahmen
------	------------------------------------	-----------	---	--